

Rechtspopulismus als Systemkrise

Über falsche Antworten auf legitime politische Fragen

Diffuser Wählerwille

Dass die so genannten etablierten Parteien immer weniger noch als kompetente politische Problemlöser respektiert werden, führt bekanntlich zu sehr verschiedenartigen politischen Reaktionen. Diese reichen von der Stimmabgabe für radikale Protestparteien über die Abkehr von der Politik und vom Wählen bis hin zu einer nur noch rituellen Erfüllung vermeintlicher demokratischer Bürgerpflichten.

Eins der vergleichsweise milden Symptome politischer Desillusionierung ist die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien. Dass solche Parteien immer neue Lebenskraft entwickeln, dass sie in immer neuer Gestalt, mit neuen Namen, neuen Führungspersönlichkeiten und neuer politischer Rhetorik große Teile der Wählerschaft zu gewinnen vermögen, gehört zu den untrüglichen und dennoch vergleichsweise harmlosen Anzeichen dafür, dass es um die Überzeugungskraft traditionsreicherer Parteien schlecht bestellt ist. Am wenigsten überrascht noch die Stärke des Rechtspopulismus in labilen Demokratien, in denen die mangelhafte Problemlösungskompetenz etablierter Parteien besonders offenkundig ist. Dass sich aber mittlerweile auch demokratisch gefestigtere Nationen in Zentral- und Nordeuropa zunehmend für den Rechtspopulismus anfällig zeigen, ist eine weit weniger selbstverständliche Entwicklung.

Rechtspopulismus ist ein schillerndes Phänomen. Es scheint zu seinem Wesen zu gehören, dass er sich mit programmatischen Festlegungen zurückhält und daher politischen Definitionsversuchen schwer zugänglich ist. Schwer definierbar war er in der Vergangenheit auch deswegen, weil ihm ziemlich heterogene politische Bewegungen zugeordnet wurden und so verschiedenartige Führungspersönlichkeiten wie ein Haider, ein Fortuyn oder gar - an der Schwelle zum Rechtsextremismus - ein Le Pen. Der Rechtspopulismus tritt insofern eher mit einer abweichenden Rhetorik und unkonventionellen Führungspersönlichkeiten hervor als mit wirklich konkreten alternativen Problemlösungskonzepten. Um so erstaunlicher ist

seine hohe politische Anziehungskraft. In manchen bisher gefestigten Demokratien scheint er nur deswegen noch eine untergeordnete Rolle zu spielen, weil es ihm entweder an charismatischen Führungspersönlichkeiten mangelt oder weil dort ein Mehrheitswahlrecht dem Erfolg neuer politischer Parteien im Weg steht.

Was ist Rechtspopulismus?

Wenn Rechtspopulismus überhaupt eine aussagekräftige politische Kategorie ist, dann eher aus externer Sicht, eher aus Sicht der Beobachter als aus Sicht der so bezeichneten Akteure und ihrer Sympathisanten. Im Unterschied zu traditionellen politischen Parteien und Bewegungen, zu Konservativen, Liberalen oder Sozialdemokraten etwa, die sich selbst als solche benennen und widerspruchlos benennen lassen, gibt es kaum ein verbindendes rechtspopulistisches Selbstverständnis. Rechtspopulismus war und ist ein Begriff der anderen. Er ist ein Begriff derjenigen, die sich einen kritischen Vers auf dieses Phänomen machen wollen, nicht der Rechtspopulisten selbst. Den so benannten Rechtspopulisten scheint es dagegen fast gelegen zu kommen, der eigenen Bewegung bzw. Partei je nach politischer Opportunität möglichst inhaltsarme alte oder neue Bezeichnungen zu geben oder sich gar mit dem Namen ihrer jeweiligen Führungspersönlichkeit zu schmücken. Ob liberal, freiheitlich, national oder regionalistisch, ob ein schlichtes Vorwärts oder ein Personennamen: als Überschrift für rechtspopulistische Bewegungen erschien all dies mindestens zeitweilig passend und opportun.

Wenn die jeweils anderen den Begriff Rechtspopulismus verwenden, liegt natürlich mehr als eine Spur Herablassung darin. Es ist eine Herablassung nicht nur gegenüber den Politikern, sondern auch gegenüber den Wählern solcher Parteien. Es ist die Herablassung, mit der die etablierten, nach eigenem Selbstverständnis seriösen Parteien dem so genannten Populismus immer wieder begegnet sind, sei dieser nun rechts oder links im alten politischen Spektrum zu verorten.

Solche Herablassung kommt natürlich nicht von ungefähr, so wenig, wie etwa die Verachtung rechten oder linken Extremismus. Mit Populismus lässt sich in der Geschichte echter oder scheinbarer Demokratien vielfältiges politisches Scheitern erklären. Zu Recht galt es als Merkmal populistischer Bewegungen, dass sie auf kurzfristige Erfolge setzten, dass sie an niedere Instinkte der Wähler appellierten, dass sie das Volk oder dessen Mehrheit mit vollmundigen Versprechungen köderten, mit Wohlstands- oder

Machtversprechungen zumal, die mit geringer Anstrengung erfüllbar scheinen sollten. Es liegt historische Wahrheit darin, dass Bürger, die von der Komplexität politischer Probleme die geringste Vorstellung hatten, für linke oder rechte Ausprägungen des Populismus besonders anfällig waren. Die Geschichte des Populismus ist insofern auch die Geschichte einer besonders leichtfertigen Form politischer Anmaßung und Inkompetenz.

Je mehr Anhängerschaft aber populistische Bewegungen auch in gefestigten Demokratien gewinnen, je mehr Bürger ihnen auch längerfristig den Vorzug vor etablierten politischen Parteien geben, desto fragwürdiger wird natürlich die Geringschätzung des so genannten Populismus. Desto mehr spricht daraus eine Geringschätzung eines erheblichen Teils der Bürger selbst, d.h. des gerade von den etablierten Parteien so oft pflichtbewusst beschworenen demokratischen Souveräns.

Populismus in diesem abschätzigen Sinn war schon immer ein problematischer Begriff. Er stand für eine Herablassung gegenüber dem Populus, dem Volk also, das doch in der Demokratie zugleich als höchste politische Instanz zu gelten hat. Das Volk war insofern einerseits der respektierte Demos der Demokratie, aber es war zugleich der verachtete Populus des Populismus. Doppelzünftig war insofern eine Politik, die sich einerseits bürgernah geben wollte, weil sie eben dies dem demokratischen Souverän schuldig schien, und andererseits Volksnähe im populistischen Sinn scheute, weil sie nämlich Volkes Stimme in fundamentalen politischen Frage misstraute. Diese widersprüchliche, dem Volk gegenüber gleichzeitig herablassende und respektvolle Haltung steht aber letztlich nur für eine ewig ungelöste Frage der Demokratie, die Frage nämlich, worüber das Volk selbst entscheiden und welche Entscheidungen es besser an kompetentere Instanzen delegieren soll. Solange diese Frage politisch nicht offen ausgetragen ist, offenbart das Nebeneinander von realer Geringschätzung des Populismus und theoretisch verpflichtender Hochachtung gegenüber dem Volk nur eine grundlegende Widersprüchlichkeit der politischen Überzeugung.

Natürlich kann das Volk sich irren. Natürlich gibt es auch Demagogie, es gibt verführerische politische Versprechungen, und es gibt scheinbar einfache und schnelle Lösungen, wo es in Wahrheit um höchst komplexe und langfristige Probleme geht. Was aber zu diesem Bereich gehört, was vom Wahlvolk selbst zu entschieden ist und was nicht, darüber kann in einer Demokratie letztlich niemand anders befinden als das Volk selbst.

Wenn die Bürger meinen, die etablierten Parteien entschieden Dinge unter sich, die in Wahrheit Sache des Volkes seien, oder wenn sie meinen, die etablierten Parteien seien wichtigen politischen Aufgabenfeldern nicht mehr gewachsen, sie wichen ihnen aus oder versuchten gar, sie zu tabuisieren, dann ist es Sache der Bürger selbst, diesen Mangel zu beheben. Dann können sie sich gezwungen sehen, ihren Widerspruch hiergegen zeitweilig auch in eine Form zu kleiden, die sich dem herablassenden Vorwurf des Populismus aussetzt. Solcher Populismus ist dann kein Indiz mehr dafür, wie das Volk politisch zu irren vermag. Es ist ein Reflex auf dauerhafte Versäumnisse, deren sich die politische Klasse auch in einer Demokratie schuldig machen kann.

Politische Rationalität und Tabubruch

Der zeitgenössische Populismus steht rechts. Dies trifft insofern zu, als in jüngerer Zeit politische Populisten rhetorisch eher auf ein Vokabular zurückgreifen, das von der politischen Rechten als von der Linken herrührt. Es ist auch insofern zutreffend, als zeitgenössische Populisten auf politische Emotionen setzen, die eher eine Affinität zu rechten als zu linken Traditionen erkennen lässt. Der neue Populismus stellt nicht den utopischen Staat als Befreiung vom Reich der Notwendigkeit in Aussicht. Er appelliert auch nicht an die Bedürfnisse abgegrenzter Wählerschichten, der ärmeren oder der reicheren etwa, der gebildeteren oder weniger gebildeten. Die populistischen Wähler von heute sind daher soziologisch vergleichsweise unauffällig, und in diesem Sinne sind sie durchaus repräsentativ für das Volk als ganzes. Eben dies aber macht den Populismus in zeitgenössischen Demokratien zumindest potenziell mehrheitsfähig, und es macht ihn damit politisch um so brisanter.

Der Rechtspopulismus hat eine spezifische politische Rhetorik, aber er hat natürlich auch reale Eigenschaften, die ihn zu einem gewissen Grade unverwechselbar machen. Eine dieser Eigenschaften, die ihm von Gegnern aus gutem Grund häufig vorgehalten wird, ist die Fixierung auf charismatische Führungspersönlichkeiten. Rechtspopulistischen Parteien können sich nicht auf politische Traditionen und auf eine entsprechend gefestigte Stammwählerschaft stützen, wie es bei den etablierten Parteien noch der Fall ist. Dies veranlasst sie zumindest in Wahlkämpfen zu noch plakativeren Aussagen, als traditionsreichere Parteien sie den Bürgern zumuten. Die Botschaft, die charismatische Person sei das politische Programm, ist eine solche Aussage, für die der zeitgenössische Rechtspopulismus besonders anfällig ist. Je größer dessen Erfolge sind oder zu werden drohen, desto größer wird der Druck auf

andere Parteien, sich ähnlicher Methoden der politischen Öffentlichkeitsarbeit zu bedienen. Um dem Rechtspopulismus politisch zuvorkommen, um ihn politisch zu bekämpfen oder ihn gar überflüssig zu machen, wandeln diese sich daher im Stil, in den Kommunikationsformen, in der Selbstdarstellung und teilweise auch in den programmatischen Aussagen nach seinem Vorbild.

Dennoch bleibt natürlich eine Differenz. Sie bleibt zum einen insofern, als der Rechtspopulismus - und darin liegt eine unübersehbare Parallele zum Rechtsextremismus - ein Reflex auf die Inkompetenz etablierter demokratischer Institutionen und Parteien ist. Je akuter diese Inkompetenz den Bürgern erscheint, desto mehr politische Resonanz kann der Rechtspopulismus bewirken. Zum anderen aber - und gerade das macht den fruchtbarsten Nährboden des Rechtspopulismus aus - bleibt eine Differenz in der politischen Emotionalität. Der Rechtspopulismus ist die Bewegung, die bedenkenloser als andere auf politische Emotionen der Wähler setzt. Er spielt diese Emotionen nicht nur gegen politische Traditionen aus, sondern auch gegen das, was andere Parteien noch immer selbstbewusst als politische Vernunft ausgeben. Er steht insofern auch für eine politische Richtung, gegen die der Vorwurf politischer Irrationalität rasch bei der Hand ist. Dieser Vorwurf wiegt natürlich schwer. Dennoch ist er nicht weniger diffus und missverständlich, als der Begriff politischer Rationalität es schon immer war.

Im unverfänglichsten Sinne irrational ist eine Politik, die vernünftige Ziele mit unvernünftigen Mitteln verfolgt und damit früher oder später an diesen Zielen, also an den vormals selbst gesetzten Maßstäben scheitern muss. Es ist aber weniger diese Art politischer Unvernunft, die dem zeitgenössischen Rechtspopulismus als Irrationalität ausgelegt wird, sondern mehr noch eine Irrationalität der Zielsetzungen. Es ist eine Emotionalisierung verschiedener Aspekte der Politik, die auch einer Re-Nationalisierung zumindest der politischen Rhetorik Vorschub leistet. Es ist eine Verbindung von Politik mit Identifikation und sinngebender Symbolik und damit ein politisches Sinnversprechen im weitesten Sinne. Es ist damit letztlich die Überzeugung, Politik könne und dürfe Bedürfnisse befriedigen, die einer Begründung in so genannter politischer Vernunft nicht bedürfen.

Solche Art politischer Irrationalität ließ sich in der Vergangenheit immer wieder Bewegungen zuordnen, die sich militanter politischer Intoleranz schuldig machten. Dem zeitgenössischen Rechtspopulismus gelingt es in der Tat nicht, sich von solchen Traditionen überzeugend abzugrenzen. Der

Vorwurf der Intoleranz als Begleit- oder Folgeerscheinung politischer Irrationalität liegt daher nahe, und er wiegt nicht schon deswegen weniger schwer, weil der Rechtspopulismus mancherorts in Reichweite politischer Mehrheiten gerät.

Wer aber die Irrationalität des zeitgenössischen Rechtspopulismus so leichthändig mit Intoleranz gleichsetzt, macht es sich dennoch mit diesem Phänomen zu leicht. Wohlverstandener demokratischer Tradition entspräche es viel mehr, jede Art von Bedürfnis, auch die vermeintlich irrationalen, als gleichrangig anzuerkennen, soweit sie einigermaßen friedlich erfüllbar sind. Niemandem, auch nicht demokratischen Politikern, steht es zu, die Bürger zu einer rationalen Rechtfertigung spontaner politischer Bedürfnisse zu drängen. Wer dies tut, stößt früher oder später auf legitimen Widerstand, und zwar auch auf diejenigen rechtspopulistischer Bewegungen.

Auch in demokratischen Staaten gibt es vielerlei überkommene und auch neue politische Phänomene, die nicht rational begründet scheinen und dennoch politisch unangefochten sind. Zu diesen Phänomenen zählt die repräsentative Monarchie. Das ein demokratischer Staat sich eine solche Monarchie leisten soll, ist rational schwer begründbar, und doch scheinen repräsentative Monarchen in manchen Ländern ein sehr spontanes politisches Bedürfnis zu befriedigen. Die vermeintliche Irrationalität dieses Bedürfnisses gab bisher wenig Anlass, die Legitimität repräsentativer Monarchien ernsthaft in Frage zu stellen.

Die repräsentative Monarchie ist eins von vielen Beispielen dafür, dass politische Bedürfnisse nicht rational begründet werden müssen, um friedlich erfüllbar zu sein. Sie ist auch ein Beispiel dafür, dass der Begriff der Rationalität ungeeignet ist, um politische Bedürfnisse in legitime und illegitime oder gar in tolerante und intolerante zu unterteilen. Als irrational mögen in der Politik so unterschiedliche Bedürfnisse wie die nach Identifikation, nach Zusammengehörigkeit oder gar Sinnerfüllung gelten und auch das Bedürfnis, das politische Leben nach solchen Kriterien gestalten oder gar genießen zu wollen. Politik kann und darf in diesem Sinne so irrational sein wie etwa die Kunst. Sie muss ihre Ziele nicht rechtfertigen, zumindest wenn sie in spontanen Bedürfnissen begründet sind und wenn diese mit friedlichen Mitteln erfüllbar sind.

Welche politischen Bedürfnisse aber können als friedlich erfüllbar gelten? Welche anderen stehen demgegenüber für Intoleranz, für Gewalt- oder gar

Kriegsbereitschaft? Und was nützt der Begriff der politischen Rationalität, um eine solche Unterscheidung zu treffen? Hierauf gibt es eine naheliegende Antwort von starker politischer Durchsetzungskraft. Diese Antwort heißt, rational sei, was fest etablierte politische Institutionen, was also insbesondere bestehende Staaten und supranationale Institutionen nicht in Frage stellt. Rational wäre demnach etwa, Institutionen wie die EU oder die NATO für selbstverständlich zu nehmen, rational wäre auch, Staatsgrenzen nicht ändern zu wollen, und rational wäre es, den zunehmenden Souveränitätsverzicht nationaler zugunsten supranationaler Institutionen für unabänderlich zu halten. Rational wäre es also, die Frage, wer mit wem auf welche Weise gemeinsame staatliche Institutionen betreibt, nicht ernsthaft zu stellen und bestehende Antworten hierauf nicht ernsthaft anzuzweifeln.

Politische Rationalität in diesem Sinn wäre dann aber gleichbedeutend mit politischer Konformität. Insoweit diese Art von Rationalität sich etabliert hat, herrscht in der politischen Theorie und Praxis tatsächlich ein stark verengter Rationalitätsbegriff. Es herrscht die Hybris einer vermeintlichen Aufgeklärtheit, die den Toleranzbegriff ganz für sich reklamiert, in Wahrheit aber intolerant ist gegenüber politischen Bedürfnissen, deren Erfüllung eine weiter gefasste politische Vernunft voraussetzt.

Eine der konventionellen Antworten auf das zunehmende Unbehagen an der herrschenden politischen Vernunft ist die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen. Diese Antwort führt aber nur noch tiefer hinein in die Dilemmata des politischen Mehrheitsprinzips. Sie stärkt nur die Macht der jeweiligen politischen Mehrheit, ohne der Frage nachzugehen, ob diese Macht legitim ist, ob sie beispielsweise wirklich in einem adäquaten Teilnehmerkreis ermittelt ist. Vor der Frage nach der politischen Bürgerbeteiligung muss nämlich die viel elementarere Frage stehen, welche politischen Fragen in welchem Teilnehmerkreis mehrheitlich zu entscheiden sind. Dies mündet in die Frage, wie es um die Freiheit bestellt ist, diesen Kreis selbst zu bestimmen, die Frage also der nach der Freiheit politischer Assoziation und Dissoziation.

Die vom Rechtspopulismus ausgelösten Irritationen rühren teilweise daher, dass er das Problem der Assoziations- und Dissoziationsfreiheit zwar unterschwellig thematisiert, aber unfähig ist, es als ein politisches Freiheitsthema zu verstehen und zu vermitteln. In der Rhetorik des Rechtspopulismus erscheint, was eigentlich ein Freiheitsthema ist, in der Tat

oft als ein Thema von Toleranz und Intoleranz. Das Problem der Legitimität politischer Entscheidungsverfahren rückt auf diese Weise in das trübe Licht der Rückschrittlichkeit politischer, kultureller, religiöser und ethnischer Werturteile, die in der Tat friedensgefährdenden Charakter haben können. Mit solchen Werturteilen aber hat die Frage, wer mit wem worüber politisch entscheiden, wer also mit wem und zu welchem Zweck gemeinsame politische Institutionen betreiben darf, nicht das geringste zu tun.

Wenn der Rechtspopulismus politische Tabus bricht, wenn er Fragen aufwirft, vor denen etablierte Parteien zurückschrecken, dann tut er dies insofern auf sehr unvollständige Weise. Ein politisches Verdienst des Rechtspopulismus mag darin liegen, die im bestehenden System angelegte Tendenz zur Tabuisierung und zur Inkompetenz offenzulegen. Seine Grenzen aber liegen dort, wo konkretere Lösungen dieser Probleme, wo also eine von Inkompetenzen und von Tabus nachhaltig befreite Politik eingefordert wird.

Die Angst vor der populistischen Courage

Auch wenn der Rechtspopulismus legitime und notwendige politische Fragen aufgreift, sind doch seine institutionell bedingten Unzulänglichkeiten nicht geringer als diejenigen der etablierten Parteien. So haben rechtspopulistische Parteien noch größere Schwierigkeiten als herkömmliche, kompetentes Personal zu rekrutieren, und sie haben daher ein noch größeres politisches Kompetenzdefizit, das von ihrer zumeist charismatischen Führung nur notdürftig verdeckt wird.

Der Rechtspopulismus diskreditiert sich als seriöse, über die Schwächen der etablierten Parteien hinausweisende Bewegung schon dadurch, dass seine Führungspersonlichkeiten auf eine Machtbeteiligung im bestehenden System schielen. Um solche Macht zu gewinnen, müssen sie sich den geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln dieses Systems anpassen. Sie müssen u.a. Politik personalisieren, sie müssen eine plakative politische Rhetorik entwickeln, die ganz auf die Funktionsweise herkömmlicher Wahlkämpfe zugeschnitten ist, und sie müssen zumindest zu Wahlterminen eine ideologische Orientierung vorweisen, wie diffus diese auch immer sein mag. Sie müssen die unvermeidliche fachliche Inkompetenz der Wähler ausnutzen, um eigene fachliche Inkompetenzen zu kaschieren. Sie müssen, kurz gesagt, ebenso wie die etablierten Parteien die Rolle fähiger Generalisten spielen, als würden sie die Kunst der Staatsführung auf allen Gebieten beherrschen.

Der Rechtspopulismus ist zwar dem ursprünglichen Wesen nach Protestbewegung, aber er steht dennoch für die stillschweigende Hoffnung, die herkömmliche Demokratie möge sich noch als hinreichend kompetent erweisen, die wichtigsten Bedürfnisse ihrer Bürger zu erfüllen. Diese Hoffnung kann der Rechtspopulismus aber auf Dauer nur repräsentieren, solange er nicht selbst die politische Verantwortung dafür trägt, seine eigenen Versprechen einzulösen. Sobald rechtspopulistische Parteien politische Macht erringen, offenbaren sich früher oder später ihre eigenen, in ihrer systembedingten Ähnlichkeit zu den etablierten Parteien begründeten Kompetenzmängel und verlieren sie damit an Attraktivität für die Protestwähler. Nicht zuletzt deswegen ist die Fluktuation unter den rechtspopulistischen Bewegungen so groß.

Es gibt zum Glück in den meisten demokratischen Staaten eine Mehrheit, die diese Unzulänglichkeiten des Rechtspopulismus durchschaut. Wenn es eine wirklich wohlüberlegte, intellektuell redliche Reaktion auf das Ungenügen etablierter Parteien gibt, dann ist es daher nicht der Rechtspopulismus und auch nicht das Eintreten für andere parlamentarische Protestbewegungen. Die wohlüberlegtere, der Komplizität mit politischer Inkompetenz viel unverdächtigere Reaktion ist das Nichtwählen. Es ist dasjenige Signal, das dem Ungenügen der etablierten wie auch der rechtspopulistischen Parteien gleichermaßen gerecht wird.

Natürlich ist auch die Weigerung, inkompetenten Parteien bzw. Kandidaten seine Stimme zu geben, zu einem gewissen Grade missverständlich. Es lässt zumindest statistisch keine Unterscheidung zu zwischen einem wirklich überlegten, kritisch gemeinten und dem unüberlegten, unkritischen und möglicherweise nur zufälligen Nichtwählen. Diese Missverständlichkeit ist es vor allem, die viele Bürger nach wie vor zwischen Nichtwählen, der Protestwahl und dem Wählen etablierter Parteien schwanken lässt und dem Nichtwählen den Status einer bewussten Manifestation politischer Unzufriedenheit verwehrt. Dennoch ist das Nichtwählen unter den herrschenden Umständen die einzige Möglichkeit, auf halbwegs unverfängliche Art eine gründliche Kritik an der bestehenden politischen Ordnung zu dokumentieren.

Der Rechtspopulismus trägt indessen wesentlich dazu bei, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung sich in den meisten Demokratien noch in Grenzen hält. Er tut es zum einen, indem er manchen systemkritischen

Bürgern die Hoffnung gibt, im Rechtspopulismus doch noch sensiblere und kompetentere politische Adressaten zu finden als die etablierten. Er tut es aber auf ganz andere Weise auch, indem er gerade bei den nachdenklicheren Bürgern Ängste weckt und sie dadurch motiviert, gegen den Rechtspopulismus für eine der etablierten Parteien zu stimmen. Je konkreter nämlich die Perspektive wird, dass der Rechtspopulismus Macht erobert, dass er zum politischen Mehrheitsbeschaffer wird oder gar selbst Mehrheiten erringt, desto weniger lässt er sich noch als symbolische Protestbewegung verharmlosen. Selbst zeitweilige rechtspopulistische Wähler lässt eine drohende Mehrheitsfähigkeit des rechten Protests nicht selten vor ihrer eigenen Courage zurückschrecken und zu reumütigen Wählern etablierter Parteien werden. Damit lässt sich einem zu stark werdenden Rechtspopulismus in der Tat wirksamer Einhalt gebieten als mit der konsequenteren Selbstbeschränkung des Nichtwählens.

Es bleibt somit die Paradoxie, dass der Rechtspopulismus zwar Symptom tiefen politischen Unbehagens ist, dass er aber doch auf das politische System als ganzes tendenziell stabilisierend wirken kann. Die Grenzen zwischen Systemtreue und Systemkritik jedenfalls, zwischen Vertrauen und Misstrauen gegenüber der bestehenden Parteiendemokratie, werden auf diese Weise erheblich verwischt.

Rechtspopulismus als Krise der politischen Ordnung

Es ist und bleibt eine Eigenart des Rechtspopulismus, legitime politische Fragen aufzuwerfen, aber keine politisch brauchbaren Antworten hierauf zu geben. Er bleibt gefangen in den Notwendigkeiten, alte Vorurteile oder gar Ressentiments zu bedienen, das Charisma von Führungspersonlichkeiten über inhaltliche Festlegungen zu stellen und Politik noch stärker zu ideologisieren als etablierte Parteien. Er vermag auf diese Weise eher zu spalten als zu einen, und er setzt daher mehr auf Konfliktbereitschaft als auf die Perspektive eines erneuerten Regelkonsenses. Dadurch aber wird er selbst zur politischen Bedrohung. Er ist für die Mehrheit bedrohlich, wenn er für Minderheiten spricht, und er ist für Minderheiten bedrohlich, wenn er für die Mehrheit spricht.

Dennoch weisen Fragen, die der Rechtspopulismus anzurühren wagt und denen er seinen Zulauf verdankt, die Richtung für eine vorurteilsfreiere Politik und eine weniger starre politische Ordnung. Dies gilt für die Frage, wer mit wem gemeinsam politische Institutionen betreiben soll, was überhaupt ein

Staat und was ein Staatsvolk ist und wie dies sich zusammenfinden und abgrenzen kann. Es gilt für die Frage, wer über Staatszugehörigkeiten entscheiden darf, unter welchen Umständen politische Integration und unter welchen anderen politischer Separatismus legitim ist. Und es gilt letztlich auch für die Frage, nach welchen Spielregeln solche Fragen zu klären sind und wer über diese Regeln zu befinden hat.

Eben dies sind die Fragen, die über die bestehende politische Ordnung hinausweisen und auf die das System der mehrspurigen Demokratie Antworten geben will. Die mehrspurige Demokratie ist insofern eine politische Ordnung, die auch Themen nicht ausweicht, die bisher vor allem der Rechtspopulismus für sich zu nutzen wusste. Sie bietet ein Konzept zur Realisierung eben jener politischen Assoziations- und Dissoziationsfreiheit, die in der bestehenden politischen Ordnung wegen ihrer vermeintlichen Konflikträchtigkeit tabuisiert wird. Damit wäre die mehrspurige Demokratie auch die Staatsform, die den Rechtspopulismus in der bestehenden Form seines politischen Daseinsgrundes berauben würde.

Der Rechtspopulismus ist aus dieser Sicht nicht mehr, aber auch nicht weniger als Symptom eines Fehlers in der politischen Ordnung. Er ist ein Reflex auf politische Bedürfnisse, die einer rationalen Begründung so wenig zugänglich sind, wie sie deren bedürfen. Gerade deswegen aber sind die vom Rechtspopulismus aufgeworfenen Fragen zu ernst, als dass man sie politischen Laien überlassen dürfte, wie sie in rechtspopulistischen Bewegungen dominieren. Rechtspopulistische Politiker sind als systemkonforme politische Generalisten ungeeignet, eben jene politischen Probleme zu lösen, für die ihr eigener Erfolg ein Symptom ist. Nicht die Popularisierung, sondern die von den Bürgern selbst verordnete, demokratisch legitimierte Professionalisierung der Politik wäre ein Teil der Lösung, deren das politische System als ganzes bedarf. Für eine solche Professionalisierung von Politik bietet die bestehende Demokratie nicht den geeigneten ordnungspolitischen Rahmen. Mit einem Ende der zyklischen Wiederauferstehungen des Rechtspopulismus auch in den gefestigten Demokratien Zentral- und Nordeuropas ist daher im Rahmen in dieser Ordnung auch künftig nicht zu rechnen.

06/2002